

Graf Hertlings Rede.

Erklärungen über die politische Lage.

Im Hauptauschuss des Reichstages nahm der Reichskanzler Graf v. Hertling das Wort zu meist vertraulichen Ausführungen. Er erklärte, daß der Wechsel in der Leitung des auswärtigen Amtes an dem Kurie der gesamten Reichspolitik nicht das geringste ändern werde. Sowohl die innere wie die äußere Politik des Reiches werde sich nach wie vor auf den Bahnen bewegen, die in den früheren Erklärungen des Kanzlers vorgezeichnet waren.

Soweit der Wille der Regierung in Betracht komme, seien in politischer Hinsicht alle gegebenen Zusagen eingehalten worden. Die Regierung werde auch mit voller Energie auf der Durchführung der in die Wege geleiteten Reformen bestehen und diese zu Ende führen.

Der Kanzler fuhr fort: Nach außen hin sei die Reichspolitik programmatisch in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes festgelegt. Aber Welt sei die eheliche Friedensbereitschaft der deutschen Regierung seit langem bekannt. Es habe sich daran auch weder bisher etwas geändert, noch werde dies in Zukunft geschehen. Demgegenüber stehe aber die Tatsache fest, daß der Vernichtungswille der Feinde noch wie vor aus starkem hervortrete, zuletzt erst wieder in den Reden von Wilson und Balfour. So lange darin kein Wandel geschehe, seien wir zum Weiterkämpfen um unsere Freiheit und Wohlfahrt genötigt. In der Bereitwilligkeit, auf wirklich ernste Verhandlungsversuche der uns feindlichen Mächte einzugehen, sei aber die politische Reichsleitung mit der Obersten Seeresleitung vollkommen einig.

Der Kanzler berührte dann noch im einzelnen die Zukunftprobleme im Osten und Westen, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß das Regierungsprogramm sich nach beiden Richtungen hin mit den Erklärungen decke, die schon im November 1917 abgegeben und von der überwiegenden Mehrheit des Reichstages gebilligt worden seien.

Die anderweitige Forderung des auswärtigen Amtes sei nicht auf sachliche Meinungsverschiedenheiten, sondern nur auf Erwägungen persönlicher Art zurückzuführen, über die der Kanzler vertraulich nähere Aufschlüsse gab. Der als Nachfolger des Staatssekretärs v. Kühlmann in Aussicht genommene General v. Sinsge habe die bindende Erklärung abgegeben, daß er in jeder Hinsicht die bisherige Politik des Reichskanzlers mitmachen werde.

Vizekanzler v. Bajer hatte bereits zu Eröffnung der Sitzung darauf hingewiesen, daß die Mitteilungen des Kanzlers und demgemäß auch die Erklärungen der Ausschussmitglieder vertraulich seien und dementsprechend auch in der Presse behandelt werden müßten. Aus Reichstagskreisen wird mitgeteilt, daß die Rede des Grafen Hertling einen durchaus günstigen Eindruck hinterließ. Die Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann (Soz.) waren zwar scharf, doch war ihnen zu entnehmen, daß an einen Bruch mit der Regierung und der Reichstagsmehrheit in seinen Kreisen nicht gedacht wird. Der Zentrumsabgeordnete Gröber erklärte dem Kanzler vorbehaltlos ein Vertrauensvotum. Abgeordneter Fischbein, der für die Fortschrittler sprach, war nicht ganz so zuversichtlich. Die Erklärungen der anderen Parteien waren kurz. Man hat allgemein den Eindruck, daß mit der Vorforderung im Hauptauschuss die gegenwärtige Krise ihren Abschluß gefunden haben wird, sobald Herr v. Sinsge, der mit dem Kanzler zusammen aus dem Hauptquartier in Berlin eingetroffen ist, amtlich

als Nachfolger Herrn v. Kühlmanns ernannt sein wird.

Die russischen Wirren.

Die Mordmörder verhaftet.

Aus Moskau wird gemeldet, die Mörder des deutschen Botschafters seien festgenommen worden. Die bekannte Spiridonowa, die zu den Führern der linken Sozialrevolutionäre gehört, hat nach ihrer Verhaftung gestanden, daß der Mordmord durch einen offiziellen Parteibeschluß herbeigeführt worden ist. Die russische Friedensdelegation in Wien erhielt eine Drohung Schischkows, nach der der Mörder Blumkin heißt. Er war der Vertrauensmann der Parteileitung der Linken in der Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, hatte als Kommissionsmitglied die Dokumente ausgefertigt, die den Verschwörern den Zutritt zu dem Botschaftersitz verschafften, und hatte dann den von der Parteileitung diktierten Akt des Terrorismus begangen.

Was die Verbündeten wollten.

Schweizer Blätter erfahren aus diplomatischen Kreisen: Da die Alliierten wissen, daß die amerikanische Hilfe zu spät eintreffen wird und die Deutschen ihre Offensivpläne im Westen durchführen werden, versuchen sie, den Mittelmächten Schwierigkeiten zu bereiten, um sie an der Weiterverfolgung militärischer Aktionen zu verhindern. Der erste Teil der Untertreibung bestand in der Propagandaoffensive gegen Österreich, die schließlich, die zweite Welle, die sich in der Aufregung Russlands zu einem neuen Krieg mit Deutschland zeigt, steht jedenfalls vor einem Misserfolg.

Die Entente hatte als Bedingung für eine Einmischung in russische Angelegenheiten eine Regierung unter Kerenski verlangt, der Kerenski und vor allem Iswolski, der in Russland als Botschafter in Paris einer der größten Kriegseiferer war, angehören sollten. Nach dem Sturz der Bolschewisten sollten diese Russen mit englischen Schiffen an die Kurmanküste gebracht werden und dort die Aufhebung des Brester Friedens und den Krieg ankündigen.

Kerenski in der Klemme.

In Paris konnte Kerenski, weil dessen Erscheinen vor dem Parliamentsauschuss des auswärtigen durch Clemenceaus Einsprache verhindert worden ist, nur erreichen, im sogenannten Verbandsauschuss seinen Protest gegen den Brest-Litovsker Frieden anzubringen. Von der Verwaltungskommission der sozialdemokratischen Partei wurde Kerenski in ein scharfes Kreuzverhör genommen, das ihn böse zeruppte. Man stellte ihm Fragen wie: Was haben Sie, als Sie Herr von Russland waren, getan, um Russland zu retten? Sie haben unter den Einflüssen, die wir kennen, die Offensive angeordnet und nicht verhindert, durchzuführen, daß die Stettiner Konferenz abgehalten wurde. Schließlich ergab sich, daß die französischen Sozialisten gegen Kerenski und für die Bolschewisten Partei ergriffen, indem sie ein bewaffnetes Eingreifen des Verbandes in Russland verurteilten.

Ein Befehl.

Nach Kiewer Meldungen erklärte Miljukow, er behaupte auf einem Freium, wenn behauptet würde, er habe Deutschland eine förmliche Schutzschleife über Russland angeboten. Er gehöre jedoch zu jener Minderheit innerhalb der Kadettenpartei, die beabsichtigt, im Sinne einer Annäherung an Deutschland und Österreich-Ungarn zu wirken.

Miljukow, der einflussreichste Führer des russischen Bürgertums, bisher der treueste Freund der Westmächte, stellt sich hiermit auf den realen Boden einer nationalen russischen Politik: er lehnt den Brester Frieden nicht mehr unbedingtes ab, sondern sucht seine Änderung durch eine Annäherung

an Deutschland zu erreichen. Wenn Miljukow heute von einer Annäherung an Deutschland spricht, so bedeutet das, daß er einleitet, daß die Entente unter keinen Umständen, selbst wenn Russland unter den furchterlichsten Opfern noch einmal einen Teil der deutschen Streikkräfte auf sich ziehen würde, imstande ist, den Endsieg zu erreichen.

Deutscher Reichstag.

(Orig.-Ber.) -lg. Berlin, 11. Juli.

Auf der Tagesordnung stand die Weiterberatung der Steuerentwürfe. Die ersten vier Stunden galten der

Umsatzsteuer.

Die im Ausschuss bekanntlich grundlegende Veränderungen erfahren hat, insbesondere soll zwar die Umsatzsteuer nicht nur auf Bierungen, sondern auch auf Leistungen gelegt werden, die Leistungen der sogenannten freien Berufe aber sollen ausgenommen bleiben. Die Steuer auf Zugsgegenstände, die in der ersten Lesung auf 20 % festgelegt war, hat der Ausschuss in der zweiten Lesung wieder auf 10 % ermäßigt. Nicht betroffen werden sollen von der Umsatzsteuer Gegenstände im öffentlichen Dienst, also insbesondere für kirchliche und wissenschaftliche Zwecke, Flügel, Klaviere und Harmonien für Lehramts-, Musikinstrumente für gewerbliche Zwecke usw. Den Bundesstaaten soll von der jährlichen Einnahme eine Gebührensbeitragung von 10 % gewährt werden. Außerdem sollen den Bundesstaaten weitere 5 % von der Einnahme, jedoch nicht mehr als 50 Millionen jährlich, zur Verteilung an solche Gemeinden abgeben werden, die besondere Einrichtungen für Lebensmittelversorgung treffen. Die besondere Warensteuer in den einzelnen Bundesstaaten soll vom 1. April 1919 ab in Fortfall kommen.

In der Aussprache wies der sozialistische Abg. Waldstein auf die Ungerechtigkeit hin, die mit dem Begriff der „Selbständigkeit“ in das Gesetz eingetragt werde: der Dreifachsteuerpflichtige als selbständiger Gewerbetreibender ist umsatzsteuerpflichtig, der gegen Gehalt angestellte Generaldirektor nicht. Dr. Reumann-Hoyer teilte mit, daß ein Teil seiner Freunde gegen die Freilassung der freien Berufe sei. Ein sozialdemokratischer Antrag, der ausdrücklich die freien Berufe, insbesondere Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler und Schriftsteller, in einem besonderen Gesetzesparagrafen von der Steuer ausnehmen will, wurde abgelehnt, nachdem eine Reihe von Rednern darauf hingewiesen, daß diese Ausnahmen bereits hinsichtlich im Gesetz zum Ausdruck gekommen sei. Ein anderer sozialdemokratischer Antrag, für bestimmte Lebensmittel die Umsatzsteuer von 5 v. T. auf 1 v. T. zu ermäßigen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 171 gegen 114 Stimmen gleichfalls abgelehnt, ebenso Anträge der Sozialdemokraten auf Erhöhung der einzelnen Sätze für Zugswaren, aber auch ein Antrag des nationalliberalen Abg. Zimmermann, der grundsätzlich alle Wirtschaftsinstrumente nicht als Zugsgegenstände angesehen wissen wollte. Der Rest des Tages wurde dann mit unwesentlichen Änderungen in der Hauptstadt in der Fassung des Ausschusses angenommen, alle Abänderungsanträge abgelehnt.

Fast ohne Debatte wurde dann noch das Steuerlichkeitsgesetz unbedeutend angenommen und in der lebendigen Stunde begann man nach die allgemeine Aussprache zum § 1 des Branntweinmonopolgesetzes. Die Beschlußfassung über § 1 und die Weiterberatung wurden dann aber vertagt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auf mehrfache Anfragen teilt das Kriegs-ernährungsamt mit, daß keine Erhöhung der Preise für Weizenbrotstoffen über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 Mark hinaus beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit größeren Mengen vollangereicher Kartoffeln gerechnet werden kann. Die

Weizenbrotstoffen in den nächsten Monaten sind jetzt festgesetzt worden. Sie werden in folgenden Wochen ganz auf den Bezug von Fleisch verzichtet müssen: 19. bis 26. August, 9. bis 16. September, 29. September bis 6. Oktober und 20. bis 27. Oktober. Die augenblickliche Menge von 200 Gramm Fleisch soll nur noch bis zur zweiten Hälfte des August geliefert werden. Dann tritt die angeordnete Herabsetzung auf 200 Gramm, und zwar für Städte mit über 100.000 Einwohnern in Kraft; die kleineren Städte sollen noch weniger Fleisch erhalten.

Osterreich-Ungarn.

Auf eine Anfrage im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident Dezerly über das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland, daß, wenn Ungarn mit Deutschland ein Zollbündnis schließt, bezüglich der landwirtschaftlichen Güter gegenseitig Zollfreiheit bestehen soll. Bezüglich der Industriegüter war niemals vollkommene Verkehrsfreiheit geplant, vielmehr soll bezüglich jener Industriegüter, für die die ungarischen Produktionsverhältnisse Schutz erfordern, dieser Schutz auch zukünftig aufrechterhalten werden.

Belgien.

Die flämische Bewegung beginnt nunmehr auch die Aufmerksamkeit der Kreise um König Albert zu erregen, die bisher immer mit Aufsehen darüber gesprochen haben. Man bereit sich dabei in Le Havre, den Flamen einige Zugeständnisse zu machen. So hat a. B. der Kriegsminister in der belgischen Offizierschule zu Gailon, Frankreich, ein paar sämtliche Unterrichtsstufe zur Ausbildung von Unteroffizieren eingerichtet, damit diese sich in flämischer Sprache mit den Soldaten unterhalten können. Diese Maßnahme des neuen Ministerpräsidenten Cooreman kommt zu spät. Sie bezieht sich überdies nur auf die Unteroffiziere und nicht auch auf Offiziere, unter denen Anhänger des Flamentums grundsätzlich nicht gebildet werden.

Spanien.

Madrid Blätter bringen aufsehen-erregende Enthüllungen über die Verbandsorganisation in Spanien. Da der „Raciar“ werden Schriftstücke veröffentlicht, wonach die französische Botschaft durch das französische Konsulat in Barcelona in Verbindung mit dem Chef des französischen Spionagedienstes spanische Funktionäre auf spanischen Dampfern beschloß hat. Die Leute bekommen monatlich 500 Pesetas und haben dafür in ihnen vorgedruckter Geheimchrift an Dekadreden in Barcelona die Anwesenheit deutscher U-Boote mit genauer Ortsangabe zu machen; ferner die Anwesenheit deutscher Gattungen auf spanischen Dampfern und sonst noch alles, was für Verbandszwecke irgend von Wert sein könnte.

Finnland.

Senator Sella erklärte, wenn die Frage der Regierungsform nicht in nächster Zukunft entschieden werde, so habe die Regierung weitere Arbeit für nutzlos. Am Montagabend teilte in einer geheimen Konferenz der Regierung mit den Landtagsgruppen Regierungschef Raastivi mit, daß die Regierung beschloß habe, die Annahme der monarchischen Staatsform zur Kabinetsfrage zu machen. Die Republikaner verlangen dagegen eine Volksabstimmung.

Asien.

Die japanische Presse beschäftigt sich eingehend mit den Forderungen des Verbandes nach militärischer Hilfe Japans in Europa. Die japanischen Blätter erklären einstimmig, daß Japan Heer und Flotte für die Lösung der Fragen im Osten notwendig habe. Dem Verbandsrat müsse Amerika helfen.

Die Geschwister.

29. Roman von G. Courths-Walzer.

(Fortsetzung.)

„Ja — da war ich noch nicht so mütterlich, Mädchen. Aber nun ein interessanteres Thema. Wer's schon da unten im Süden?“

„Wunderlich.“

„Ja — nicht wahr? Weißt du, ich danke es doch meinem alten Drachen sehr, daß ich das alles gesehen habe.“

„Galt du von Frau von Verlow wieder etwas gehört?“

„Sie ist im vorigen Monat gestorben. Ob sie an ihrer eigenen Bosheit erstickt ist oder ob sie die Trennung von mir nicht ertragen konnte, ist mir nicht bekannt. Tot ist sie jedenfalls, und ich kann ihrer in Frieden gedenken. Das sie mich auch manchmal in ihrer Geistesart, so hat sie mir doch auch die schöne Welt gezeigt. Davon kann ich jetzt, bis ich alt und grau bin. Aber nun, mein liebes Herz, muß ich dich bitten, zu gehen. Meine Pflicht ruft. Sobald ich frei bin, komme ich einen ganzen Nachmittag zu dir, da können wir uns ausplaudern.“

„Dann ich wohl, Magda.“

„Doch wohl, Gabi — und grüß mir deinen Herbert — ich freue mich, ihn bald wiederzusehen.“

Dann trennten sich die Geschwister. Gabriele fuhr nach Hause und Magda fuhr in den Krankenwagen zurück. Sie ging schweigend von Welt zu Welt, rückte hier ein Kissen, rückte dort Medizin oder ein Glas Wasser, und all ihre Kräfte sahen schmerzhaft in das trübe, freund-

liche Gesicht der Schwester, als erwarteten sie von diesem jungen Antik Trost und Hilfe.

„Vielleicht fand ich am nächsten Tage plötzlich bei Gabi ein. Noch päpstlicher war Fred „zufällig“ zur Stelle. Gabriele demerte sehr gut, wie es aus den Augen ihrer beiden Gäste herüber und hinter die. Um ihrer Verlegenheit Herr zu werden, plauderte Magda nunter darauf los, und Fred hörte ihr sehr aufmerksam zu. Zwischen war er einen bedeutenden Blick auf seine Schwester. Die junge Frau verstand sehr wohl, daß dieser Blick fragte: Wann läßt du und nun endlich allein? Sie amüßte sich im Stillen ein wenig darüber, kam aber schließlich doch der stummen Aufforderung nach. Als sie nach einer kurzen Einschuldigung das Zimmer verlassen hatte, war es eine Weile ganz still zwischen den beiden jungen Leuten. Sie saßen sich gegenüber. Fred betrachtete mit Vergnügen das hübsche, schlankes Mädchen mit dem lächelnden Haar. Er konstatierte, daß sie tadellos schied in dem weichen Leinwand anseh, und überhaupt — sie war wirklich ein reizendes Ding.“

„Gudiges Fräulein!“
„Herr von Cokaga?“
„Sind Sie mir böse?“
„Ja? Nein. Wie kommen Sie darauf?“
„Weil Sie immer an mir vorbeischießen.“
„Sie wurde rot und lächelte.“
„Das ist wohl Einbildung.“
„Aber Sie sehen mich noch immer nicht an.“
„Nicht Ihnen so viel daran?“

„Sehr viel — Alles.“

„Nun blide sie doch ich in sein Gesicht, wandle sich aber schnell wieder ab, als sie seinen Augen begegnete.“

„Er erhob sich und trat näher zu ihr hin.“

„Ihre Frau Schwester bleibt lange aus, Herr von Cokaga.“ sagte sie höflich.

„Sie wird wohl bald wiederkommen, gnädiges Fräulein, und — dann kann ich Ihnen nicht mehr sagen, was ich Ihnen so gern sagen möchte.“

„Nun ist sie doch mit einem langen Blick in seine Augen.“

„Ist es etwas Wichtiges?“

„Für mich sehr. Mein Lebensglück hängt davon ab.“

„So reden Sie doch — schnell.“

„Er sagte ihre Hand.“

„Vielleicht — lächelte, kleine Magda — willst du meine Frau werden?“ sagte er bittend.

„Sie sah lächelnd zu ihm auf. Ihre Augen waren feucht.“

„Ja — ich will.“ sagte sie leise, aber fest. Da zog er sie in seine Arme.“

„Vielleicht — lächelte — mein Blödsinn, mein läches — willst du mich wirklich?“

„Sie lachte und sah ihn mit strahlenden Augen an.“

„Merkt du es noch immer nicht?“

„Er lächelte sie auf den frischen, roten Mund und dann wieder und wieder.“

„Mein Blödsinn — weißt du, wie mir zumute ist?“

„Nun?“

„Ganz natürlich. So weißt und so froh.“

„Ich hab' doch immer geglaubt, so etwas Schönes gibt es nicht für den armen Leutnant. Du weißt doch, daß ich ein ganz armes Schinder bin.“

„Das kümmert mich nicht. Darüber kannst du mit meinen Eltern sprechen.“

„Wenden die nicht gegen unsere Verbindung einzukommen haben?“

„Nein — sie wollen nur mein Glück.“

„So sicher bist du?“

„Ganz sicher.“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Ich — ich glaube, seit ich dich kenne. Und du mich?“

„Er zog sie fest an sich.“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Sollt man hast da mich lieb?“

„Sollt man hast da mich lieb?“

